

Parlamentarischer Vorstoss

2023/575

| | |
|-----------------------|--|
| Geschäftstyp: | Interpellation |
| Titel: | Basler Asylzentrum in der Grün 80 |
| Urheber/in: | FDP Fraktion, SVP-Fraktion, Fraktion die Mitte |
| Zuständig: | Andreas Dürr, Peter Riebli, Simon Oberbeck |
| Mitunterzeichnet von: | — |
| Eingereicht am: | 2. November 2023 |
| Dringlichkeit: | Als dringlich eingereicht |

Gemäss Medienmitteilung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt wird der Kanton Basel-Stadt per 6. November 2023 die unterirdische Armeeliegestelle in der Grün 80 als Erstaufnahmezentrum mit 90 Plätzen für allein reisende asylsuchende Männer bereitstellen. Im Gegenzug wird die bisher für diesen Zweck genutzte Zivilschutzanlage an der Bonergasse in Basel per Ende 2023 geschlossen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat dringend um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie und wann wurde der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft über das geplante Vorgehen des Kantons Basel-Stadt informiert und angehört?
 - Wurde die Baselbieter Polizei in die Beurteilung der sicherheitsrelevanten Auswirkungen einbezogen?
 - Wie und wann wurde die Standortgemeinde Münchenstein in das Vorhaben der Basler Regierung einbezogen?
 - Wie ist die Entlastung der Gemeinde Münchenstein (Aufnahmequote) durch das Basler Erstaufnahmezentrum geregelt?
 - Wie stellt der Kanton Basel-Stadt sicher, dass aufgrund der nachweislich ungeeigneten und mit einem erheblichen Konfliktpotential verbundenen unterirdischen Unterbringung von allein reisenden Männern keine sicherheitsrelevanten Auswirkungen entstehen?
 - Ist der Regierung oder der Gemeinde Münchenstein das entsprechende Konzept bekannt?
 - Wie beurteilt die Baselbieter Regierung die Tatsache, dass nun im Perimeter Münchenstein/Arlesheim gleich zwei grössere Aufnahmezentren für allein reisende Männer betrieben werden, nachdem bereits mit dem Bundesasylzentrum in Arlesheim seit Monaten regelmässig Konflikte unter den Bewohnenden zu beobachten sind mit erheblichen Auswirkungen auf die Anwohnenden und einem massiven Anstieg der Kriminalität in Arlesheim?
 - Verfügt die Baselbieter Polizei über die Ressourcen, um dieses zusätzliche Konfliktpotential zu handhaben und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?
 - Wie erfolgt die Abgeltung der bei der Baselbieter Polizei mutmasslich anfallenden Sicherheitskosten durch den Kanton Basel-Stadt?
-